

Berner PTT-Personalverbände protestieren gegen unhaltbare Zustände.

Pöstler erwägen Dienst nach Vorschrift

Ähnlich prekäre Zustände wie sie in Zürich und Genf im vergangenen Jahr zu heftigen Demonstrationen des PTT-Personals geführt haben, herrschen auch in anderen Schweizer Städten. In der Stadt Bern ist vor allem das Personal der Schanzenpost betroffen. Dauernde Ueberzeiten und unregelmässige Dienste ohne angemessene Mehrentschädigung vergällen den Postangestellten den ohnehin anstrengenden Arbeitsalltag, in welchem sie bisher ihre eigenen Interessen stets unter diejenigen des Kunden gestellt haben. Schon eine Viertelstunde vor Beginn der Protestveranstaltung ist der grosse Saal des Restaurants Schweizerbund gestossen voll, die Atmosphäre bereits rauchgeschwängert. Nachdenkliche Gesichter schauen hinter ihren Biergläsern hervor. Im Stimmengewirr herrschen die Männerstimmen bei weitem vor, aber auch einzelne Pöstlerinnen und Teleoperatricen haben sich an diesem Abend eingefunden, um gemeinsam zu beraten, mit welchen Mitteln sie ihre berechtigten Anliegen würden durchsetzen können. Gesprächsleiter Johann Schüpbach begrüsst alle und stellt mit Freude fest, dass „der Berner halt doch noch ein richtiger Gewerkschafter“ sei. Ein Telegramm, in welchem die Sektion Zürich Post ihren Berner Kolleginnen und Kollegen zur Protestveranstaltung alles Gute wünscht, wird mit tosendem Applaus verdankt. Vom Podium aus werden fünf Referate gehalten, welche die Situation in Bern und in den anderen Städten sowie mögliche Remeduren und Durchsetzungsmassnahmen beleuchtet werden. „Wir wollen nur Denkanstösse geben“, so Schüpbach zum Publikum, „was weitergeschieht bestimmt Ihr.“ An diesem Abend solle es darum gehen, die allgemeine Stimmung beim PTT-Personal zu erfassen, ein Ziel abzustecken und dieses dann an die Öffentlichkeit zu tragen. „Der Saal wird seine Stellungnahme klar zum Ausdruck bringen müssen, damit wir da oben auf dem Podium abschätzen können, was Ihr von uns erwartet.“

Was dann aus den Referaten hervorgeht, muss in der Tat zu denken geben. Trotz intensiver Rekrutierung hat sich die Personalsituation im Postkreis Bern nämlich soweit verschlechtert, dass zur Zeit im Bahnpostamt mit gut 40 Prozent (billigen) Aushilfen gearbeitet werden muss - ein Zustand, der für alle Seiten unbefriedigend ist und die Nerven gerade auch des qualifizierten Personals über Gebühr strapaziert, welches eigentlich gewillt ist noch bei der Stange zu bleiben. Unregelmässige Dienstzeiten, sowie Nacht- und Sonntagsdienste verunmöglichen den Arbeitnehmern ein geregeltes Vereinsleben und auch das Familienleben kommt oft zu kurz. Insbesondere jüngere Kollegen nehmen solche Einschränkungen längerfristig nicht in Kauf, was dann zu einem massiven Exodus in die Privatwirtschaft führt. So ist die Zahl der Austritte seit 1985 deutlich angestiegen: Waren es damals noch 70 Personen, sind in diesem Jahr 114 Austritte zu verbuchen. Betroffen sind dabei vor allem die Bereiche der Telefonistinnen und das technische Personal. Zur Zeit sind total 87,5 bewilligte Stellen nicht besetzt, obwohl diese zum Teil schon mehrmals ausgeschrieben wurden. Deshalb, so Hans Ruegg in seinen Ausführungen, sei es unbedingt nötig, dass die Arbeit im Zentrum - sei es finanziell oder durch mehr Freitage - besser honoriert wird. Was schon in Zürich und Genf zu grosser Unzufriedenheit geführt hat, sind die hohen Lebenserhaltungskosten, von welchen Arbeitnehmer in Stadtgebieten betroffen sind. Auch wenn in Bern die Mietzinse durchschnittlich noch eine Spur tiefer liegen, so sind dafür die Einkommenssteuern fast doppelt so hoch. Seit 1982 ist für das Bundespersonal keine Erhöhung der Reallöhne und Ortszulagen vorgenommen worden, was die Attraktivität bestimmter Berufsgruppen empfindlich geschmälert hat. Jakob Thäler fordert deshalb in seinem Referat als Sofortmassnahme per 1.1.1989, dass dem Berner Personal die gleiche Sonderzulage zum Ortszuschlag zugestanden werde, wie in den Städten Zürich und Bern. Dass die Situation beim telefonischen Auskunftsdienst genauso unhaltbar ist, illustrierte Barbara Rudolf in ihren Ausführungen. „Der Auskunftsdienst ist überlastet“ - uns allen hat dieser Text schon aus dem Hörer entgegen getönt - beschreibt die Situation der Teleoperatricen, welche unter schwierigen Bedingungen ihre stressreiche Arbeit verrichten. Auch sie fordert bessere Honorierung sowie Freizeitentschädigung für Sonntag- und Nachtarbeit. Ein weiterer Stein des Anstosses bildet die neue Aemterklassifikation, bei welcher die Reallohnerhöhung in den verschiedenen Lohnklassen krass auseinanderklafft. In den Ueberklassen I und II wird die Erhöhung somit 45 mal höher sein als in der 20. Lohnklasse, letztere soll übrigens erst in drei Jahren in Kraft treten. Die Meinung im Saal war einhellig und nach einer einstündigen Diskussion über zu ergreifende Massnahmen wurde Johann Schüpbachs Vorschlag ausnahmslos angenommen, mit einem Schreiben an die Parlamentarier zu gelangen. Drei Forderungen sollen darin enthalten sein: Die Sofortmassnahme Sonderzulage, eine Neuregelung des Ortszuschlags und schliesslich soll die Phase 91 der Aemterklassifikation auf 1990 vorgezogen werden. Die Pöstlerinnen und Pöstler waren sich einig, dass sie zuerst den Verhandlungsweg einschlagen wollten. Sollte dies aber keine Wirkung zeitigen, erwägen sie, eine allenfalls gesamtschweizerische Demonstration durchzuführen. Als letztes Druckmittel ziehen sie auch den „Dienst nach Vorschrift“ in Betracht, bei welchem ihrer Meinung nach der Betrieb zusammenbrechen müsste. „Nach einer Woche“, so ein Votant, „hätten die liegengebliebenen Briefe und Päckli in unseren Lagerräumen keinen Platz mehr.“

Berner Tagwacht, 4.11.1988.

PTT-Union > Protestversammlung Bern. TW, 1988-11-04